

Prof. Dr. Gesine Schwan,

Tag der Deutschen Einheit, 03. Oktober 2023, 10 Uhr

Kanzelrede

Hoffnung durch Politik

I.

Liebe gläubige, oder suchende oder vielleicht auch nur neugierige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Festgottesdienst!

Der Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober legt nahe, die Kanzelrede heute über ein politisches Thema zu halten. Ich habe dafür – in Zeiten vielfacher Angst und Hoffnungslosigkeit, von denen überall in den Medien, aber auch in privaten Gesprächen die Rede ist – das Thema gewählt: „Hoffnung durch Politik“.

Das wirkt abwegig. In der Tat zeigt die Politik, die wir jeden Tag auf der nationalen oder der internationalen Ebene beobachten, kein Gesicht, das Hoffnung stiftet. Alle menschlichen Niedrigkeiten begegnen uns hier: Machtgier, Lüge, Korruption, Krieg, Tod. Als Christinnen und Christen könnte man verzweifeln, denn dieses Bild wird von der Krone der Schöpfung gezeichnet: dem Menschen; nicht von einer außerirdischen Spezies.

Aber Sie ahnen es: Politik, von der ich hier reden möchte, ist nicht nur das, was ich eben angeführt habe. Politik, an die ich denke, ist mehr und anderes, und zwar real, nicht nur als Wunschdenken.

II.

Wir haben heute in den biblischen Texten drei ganz unterschiedliche Perspektiven auf Politik gehört. Im Evangelium wurde uns das berühmte Jesuswort vorgeführt: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist. Egal, ob die beiden Teilsätze durch ein „und“ oder durch ein „aber“ verbunden werden, worüber in der Exegese diskutiert wird, sie bringen doch eine Gegenüberstellung, vielleicht sogar einen Gegensatz zwischen dem Reich der konkreten Politik und dem Reich Gottes zum Ausdruck. Wenn's hoch kommt, kann man sie miteinander in eine Balance bringen. Aber das Reich Gottes, dem wir ganz zuvörderst unsere „Steuer“ entrichten sollen, weil wir ihm vorrangig als ganze Person angehören, gibt uns in diesem Jesuswort keinen erkennbaren Hinweis dafür, wie Politik auf Erden Hoffnung bieten könnte.

Oder doch? Können wir vielleicht Folgerungen daraus ziehen, dass wir vor allem anderen Gott gehören? Dass wir von der Politik, wie sie geht und steht und der wir auch Steuern zahlen sollen, doch nicht absorbiert sein dürfen, sondern Distanz zu ihr halten müssen und können? Kann uns der Glaube an unsere gemeinsame Zugehörigkeit zum Reich Gottes, unsere gemeinsame Gotteskindschaft vielleicht Brücken über die Abgründe der Enttäuschungen und Feindseligkeiten der irdischen Politik bauen? Ich lasse das erst einmal als offene Frage stehen.

Im heutigen Spruch des Tages, dem zweiten Text, wird uns ebenfalls ein Gegensatz vorgestellt, diesmal zwischen der irdischen Herrschaft, die den Menschen Gewalt antut, und den Verhältnissen in der Gemeinde der Gläubigen, in der es anders zugehen soll. Wer groß sein will, soll dienen. Wer sich dagegen als erster vordrängt, dem wird die Rolle des Knechtes zugewiesen. Als Gläubige bzw. als christliche Gemeinde sollen Menschen so zusammenleben, dass sie einander dienen. Wer Verantwortung trägt in der Gemeinde steht nicht an der Spitze einer Hierarchie, sondern im Dienst an der Gemeinde.

Und schließlich die poetische Parabel aus dem A.T., aus dem Buch der Richter. In einer Zeit um das Jahr 1000 vor Christi Geburt, da Israel aus einer Vielzahl von Gemeinden und Stämmen zu einem Königreich unter König Saul vereint werden wird, verweigern die edlen Bäume der Reihe nach – vom Ölbaum über den Feigenbaum, den Weinstock bis zum (niederen) Dornbusch – den

Wunsch der vielen anderen Bäume, sich zu unterwerfen und über sich einen König zu salben. Denn die als Könige angefragten Bäume wollen ihre wunderbaren Gaben, die allen zugutekommen, nicht aufgeben, nur um „über den Bäumen zu schweben“, wie es Refrain-artig in der Parabel wiederholt wird. Der Weinstock will z.B. von seinem guten Wein nicht lassen, der „Götter und Menschen fröhlich macht“.

Als Nicht-Theologin nehme ich mir ungeniert die Freiheit, aus den drei Textstellen eine Quintessenz zu ziehen: Eine weltliche Herrschaft, die sich durch Unterordnung, Gewalt und Nutzlosigkeit der Herrscher (hier verwenden wir einfach mal die zeitgenössisch angebrachte männliche Form) für die Menschen auszeichnet, ist den Menschen als Gotteskindern nicht angemessen. Kann man stattdessen die gleiche Würde aller Bäume, das gegenseitige partnerschaftliche Dienen (in der Natur helfen ja auch die Bäume einander!), das Versorgen mit den vielfältigen guten Gaben, die uns zu Gebote stehen, als einen Hinweis dafür nehmen, wie wir unser Zusammenleben hienieden gestalten sollen?

Vielleicht ist Politik eben das: die Gestaltung des Zusammenlebens, in dem die gemeinsamen Angelegenheiten, über die wir oft in Konflikt miteinander geraten, im Geiste gegenseitiger dienender Verantwortung und im friedlichen Gebrauch unserer Talente und Reichtümer von uns allen geregelt werden? Ohne gesalbten König über uns?

III. Ursprung von Hoffnung

Damit hätten wir immerhin Hinweise dafür, wie es bessergehen könnte. Und wenn in alledem im Glauben Gottes Wort erkennen und annehmen, bedeuteten diese Hinweise sogar seine Zusage, dass wir Menschen das auch können. Dass wir nicht auf ewig in zwei getrennten Reichen leben müssen – dem Jammertal hienieden und einem diffusen Himmelreich irgendwo.

Alles Utopie und Wunschdenken? Auf den ersten Blick schon. Denn was in den Texten und in unserer Gegenwart ins Gesicht springt, sind nicht irdische Inseln gelungener Politik, sondern das anfangs beschriebene Elend. Woher soll da Hoffnung kommen?

Wohl nicht einfach aus dieser oder irgendeiner irdischen Gegenwart, sondern zunächst aus dem Glauben an Gottes Wort, dass er uns sein Gegenbild zum irdischen Leben nicht aus Sadismus, nicht aus frivoler Spielerei, sondern mit dem Ziel vorführt, dass wir es auf Erden anders machen sollen; also auch können – um den Satz von Immanuel Kant umzukehren, dass wir moralisch nur das tun müssen, was wir auch können. Gott sagt uns zu, dass wir es anders können.

Das ist zwar nicht einfach, das geschieht nicht von allein, aber es ist möglich, auch weil es uns von Gott aufgetragen worden ist. Da Gott uns – im Glauben - nicht täuscht, dürfen wir die Hoffnung auf ein Gelingen haben, wenn wir uns daranmachen, das Zusammenleben der Menschen nach anderen Prinzipien zu regeln, als wir es zumeist im Alltag erleben.

Allein die im Glauben erkannte Differenz zwischen dem, was Gott uns als richtig vor Augen führt, und dem, was wir auf Erden sehen, öffnet damit die Tür für die Hoffnung auf eine bessere Welt. Die Differenz ohne das Versprechen Gottes, könnte uns vielleicht auch schon stimulieren, und manchen Menschen genügt das. Aber über den Entschluss aus uns selbst hinaus spendet die Hoffnung, die aus dem Glauben erwächst, eine nicht ermüdende Energie, uns ans Werk zu machen. Sie bewahrt uns vor der Resignation.

Wie also sollen wir Politik gestalten?

IV. Wie Politik gestalten? Gute Prinzipien, schlechte Praxis

Anders als kirchliche Hierarchien über Jahrhunderte hinweg historisch immer wieder vorgeführt haben, legen uns die biblischen Texte das politische Gemeinwesen nicht primär als Über- und Unterordnung nahe, sondern als partnerschaftliches Miteinander von Menschen, die verschiedene Funktionen ausüben, aber einander prinzipiell – wir könnten sagen in ihrer Würde – gleichen. Dieser Gedanke ist uns nicht unvertraut. Denn Gleichheit im Prinzipiellen und Verschiedenheit im Einzelnen sind auch Kennzeichen der pluralistischen Gesellschaften in unseren modernen rechtsstaatlichen und sozialen Demokratien. Wir leben nicht als Einzelne nebeneinander gegenüber einer staatlichen Obrigkeit, die uns unterwirft. Vielmehr bietet uns das verfassungsmäßige Recht auf Freiheit,

zumal auf Versammlungsfreiheit die Möglichkeit, uns pluralistisch, in vielfältigen Gruppen, Vereinen, politischen Organisationen zusammenzutun und uns im Rahmen dieser Pluralität für unsere Ziele einzusetzen.

Allerdings entsteht daraus, wie wir jeden Tag bitter erfahren müssen, nicht einfach eine idyllische friedliche Welt, sondern eine oft zerstörerische Konkurrenz zwischen Interessengruppen und Lobbys, die sich gegenseitig übertrumpfen und keineswegs in einem Machtgleichgewicht leben. Wer eine Milliarde auf dem Konto oder in Aktien angelegt hat, kann sich nicht nur privat mehr leisten, sondern auch über andere herrschen, sie sogar ausbeuten, wenn staatliche oder internationale, z.B. europäische Gesetze ihn nicht daran hindern. Mit den Prinzipien allein ist es also nicht getan.

Unsere modernen Demokratien starten zwar theoretisch gut, aber sie verlieren praktisch durch das empirische Spiel sehr ungleicher Kräfte inzwischen fast überall an Unterstützung. Sie haben z.B. dazu geführt, dass sich etwa 20% der Bürgerinnen und Bürger von ihnen abwenden, nicht mehr wählen gehen und damit auch immer weniger auf dem Schirm der Regierungen sind. Denen fehlt die sog. Out-Put-Legitimation. Sie sind gewählt, um zügig gute, d.h. gerechte Lösungen zu finden, und das gelingt ihnen immer weniger. Sie können sich nicht mehr gut als legitim ausweisen, werden von einem erheblichen Teil der Bürgerschaft nicht mehr als legitim wahrgenommen.

V. Das Empfinden vieler Ostdeutscher nach 1989

Das empfinden insbesondere in Ostdeutschland viele Menschen so, die die Demokratie nach 1989 anders als die Westdeutschen nach 1949 nicht als spürbaren persönlichen Aufstieg und zunehmenden Wohlstand erlebt haben, sondern trotz Reisefreiheit und Offenheit der Grenzen im Alltag oft noch mehr als Verlust von Arbeitsplätzen und gewohnter sozialer Sicherheit. Viele erkennen heute die gleiche Würde, den Ausgangspunkt der Demokratie, in ihrem Alltag nicht wieder.

Darüber hinaus sind die Herausforderungen an demokratische Politik im Innern wie von außen so groß und so unübersichtlich geworden, dass die Versuchung stark wird, Sicherheit und Gleichheit nicht mehr durch politische Mitbestimmung und Partnerschaft in unserer Demokratie zu erstreiten, sondern durch die Einordnung in eine abgelöste soziale Gemeinschaft nationaler Einheitlichkeit zu suchen, die ihnen keiner nehmen kann, die ihnen Sicherheit vermittelt und der gegenüber alles Fremde, Störende ausgeschlossen werden soll bzw. geringer geschätzt wird. So orientieren sich inzwischen auch eine erhebliche Zahl von Westdeutschen.

Und das in einer Welt, in der wir um unser aller Überlebens und eines guten Überlebens willen darauf angewiesen sind, uns bei aller Vielfalt und allen Konflikten zu verständigen und zusammenzutun, weil wir das nur zusammen, nicht gegeneinander schaffen. Die Idee einer Welt, in der die Menschen in jeweils kulturell homogenen Gruppen nebeneinander leben und sich von der Außenwelt der anderen abschotten, verweigert das Erkennen der Herausforderungen unserer Realität. Unsere globalen Aufgaben des Klimaschutzes, der Schonung unserer Ressourcen, des Kampfes gegen die Armut, der Migration, der Bewahrung unserer Kulturen und unserer Werte, von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – kurz: eines gelungenen Lebens in Freiheit und Frieden sind zu groß, als dass wir uns der Illusion einer möglichen Flucht in eine imaginierte heile Vergangenheit hingeben dürften.

VI.

Politische Teilhabe in der Gemeinde statt Flucht in eine imaginierte heile Vergangenheit

Aber wir Menschen kommen ohne eine verlässliche Zugehörigkeit, ohne eine grundlegende Sicherheit und menschlich freundliche Kooperation nicht aus. Um Nähe, Sicherheit und Kooperation, die sich die Vielfalt zunutze macht und eben nicht einebnet oder ausschließt, zu finden und als demokratisches Prinzip zu stärken, haben deshalb inzwischen viele Beobachter den Wert lokale, kommunaler Politik erkannt. Was auf der nationalen Ebene und erst recht auf der internationalen immer schwieriger wird, hat Chancen in der überschaubaren Welt der Städte und Kommunen, in denen Bürgerinnen und Bürger die Politik aus eigener Kompetenz beurteilen und damit auch aus eigener Expertise gestalten können. Wenn hier demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker sich mit

Vertreterinnen und Vertretern der pluralen Interessengruppen, d.h. der organisierten Zivilgesellschaft und der Wirtschaftsunternehmen z.B. in „Kommunalen Entwicklungsbeiräten“ zusammentun, um die langen Linien ihrer gemeinsamen Zukunft in der Gemeinde zum Wohle aller zu beraten und in Empfehlungen zu bringen, können sie viel bewirken. Denn damit können sie die anstehenden komplexen Entscheidungen länger und perspektivenreicher diskutieren und besser vorbereiten als es im Stadtrat rein zeitlich möglich ist. Das bietet die Chance, dass Bürgerinnen und Bürger sich gegenseitig besser kennen lernen, einander besser begreifen und dadurch sowohl zueinander als auch in demokratische Politik wieder Vertrauen fassen. Weil sie sie vor Ort besser verstehen und weil sie merken, dass sie etwas gestalten und beeinflussen können. Damit erfahren sie ihre Selbstwirksamkeit.

In dieser Erfahrung tun sich seit dem letzten Jahrhundert, verstärkt nach 1989 inzwischen schon ca. 250 Städte und Kommunen zusammen, um voneinander zu lernen und die globalen Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Lokal oder kommunal heißt deshalb nicht einfach klein und begrenzt. Im Gegenteil: In einem Netzwerk weltweiter Kooperation bieten Städte und Gemeinden die Chance, eine menschlichere globale Zukunft zu gestalten. Das gilt besonders in der Migrationsfrage, bei der die Nationalstaaten überall und aktuell in der Europäischen Union so kläglich versagen!

Wer dagegen solche Prozesse einer neuen politischen Teilhabe an einer gerechten kommunalen und zugleich globalen Entwicklung in der Realität mitgemacht hat, gewinnt Hoffnung durch Politik und für eine bessere Politik. Denn wir merken dabei, dass Menschen keineswegs alle unfaire Egoisten sind. Wenn sie ihre Vorschläge und Interessen vernünftig begründen können und müssen und dabei wortwörtlich im Angesicht ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger angehalten sind, deren Vorstellungen und Interessen mit ihrer Lebenserfahrung auch zu berücksichtigen, also die Verallgemeinerbarkeit ihrer Positionen im Sinne des Gemeinwohls zu belegen, ist das zwar anspruchsvoll und verlangt Geduld. Aber wenn man sich einmal da hineinbegibt, macht Politik sogar Spaß. Humor, über sich selbst lachen zu können, hilft übrigens dabei, wie überhaupt im Leben sehr! Reformen auf der kommunalen Ebene, z.B. mit den genannten „Kommunalen Entwicklungsbeiräten“, in denen Bürgerinnen und Bürger mit gewählten Politikerinnen und Politiker gemeinsam über ihre gemeinsame Zukunft beraten, haben das gezeigt.

Aus der ursprünglichen Hoffnung, die Gott uns im Glauben schenkt, erwächst die Kraft für eine irdische Hoffnung durch Politik, die sich auf das wertschätzende Aushandeln der gemeinsamen, aber in der Vielfalt oft umstrittenen Angelegenheiten einlässt. Aus ihr entsteht das Wunder eines neuen gegenseitigen Vertrauens, das man nicht mehr für möglich gehalten hatte. Glaube und Hoffnung als Vertrauen auf Gottes Zusage bereiten den Boden für neue Hoffnung und neues Vertrauen zwischen den Menschen, nicht nur zwischen den Gläubigen, weil es so gelingen kann, ja sogar inspiriert und Freude bereitet, sich politisch zu verständigen. Der dritte Oktober ist ein guter Tag für diese Botschaft.